

ANTRAG

der Fraktion der AfD

Migrationsnotstand für Mecklenburg-Vorpommern und ganz Deutschland aus- rufen!

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag stellt fest:

1. Die Migrationspolitik von Bund und Ländern hat zu einem umfassenden Vertrauensverlust in die Handlungsfähigkeit des Staates geführt. Mecklenburg-Vorpommern ist wie der Rest der Bundesrepublik Deutschland direkt von den weitreichenden Fehlentscheidungen der letzten Jahre betroffen. Insbesondere in den Bereichen Integration, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit ist eine krisenhafte Verschleppung notwendiger politischer Antworten zu beobachten, die bei vielen Deutschen zu immer mehr Unverständnis und Unmut geführt hat.
2. Das Sicherheitspaket der Bundesregierung in Reaktion auf den Terroranschlag von Solingen ist in der Gesamtschau absolut unzureichend. Zur wirksamen Bekämpfung der illegalen Masseneinwanderung ist die Ausrufung eines Migrationsnotstands für ganz Deutschland vonnöten. In Folge dessen liegt es im Interesse von Mecklenburg-Vorpommern, dass umfangreiche Zurückweisungen bei unerlaubten Einreiseversuchen an den deutschen Grenzen ermöglicht werden.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. sich auf allen Ebenen für direkte Verhandlungen mit Afghanistan und Syrien einzusetzen, um regelmäßige Abschiebungen in beide Länder zu ermöglichen;
2. sich auf allen Ebenen über neu einzurichtende Transitzentren für umfangreiche Zurückweisungen von Personen einzusetzen, die illegal nach Deutschland einreisen wollen;
3. sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, den Rechtsanspruch auf Aufnahme zum Zweck des Asylverfahrens auf den Rechtsanspruch auf Schutz vor Zurückweisung in Länder,

in denen das Leben oder die Freiheit aus den in der Genfer Konvention genannten Gründen unmittelbar und konkret bedroht ist, zu beschränken.

4. sich auf EU-Ebene für die Abschaffung des subsidiären Schutzes sowie die Einrichtung von Auffang- und Schutzzentren in Drittstaaten einzusetzen;
5. den Migrationsnotstand für Mecklenburg-Vorpommern auszurufen und dem Bund offiziell mitzuteilen, dass die Aufnahme- und Integrationskapazitäten des Landes erschöpft sind. Dieser Notstand ist aufrechtzuerhalten, bis die illegale Migration nach Deutschland wirksam bekämpft und Rückführungen ausreisepflichtiger Personen effektiv durchgesetzt werden.

Nikolaus Kramer und Fraktion

Begründung:

Erfolgt mündlich.